

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 13

Vorwort: Liebe Leser
Autor: Brügger, Christian

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gezeigt, aber in der Partei verschliesst man sich der Folgerichtigkeit.

- Die KPdSU hat die Reformen zwar verkündet, aber sie ist zugleich das Haupthindernis für eine echte Umwandlung. Das ist nur folgerichtig. Alles, was zur Demokratie führt, wird unvereinbar sowohl mit der Macht als auch mit der Ideologie der Partei.

- Gorbatschow, Generalsekretär der KPdSU und Präsident der UdSSR, nimmt insofern eine Mitte ein, als er beiden Perestrojka-Auffassungen gerecht werden will. Da sie einander abtossend, pendelt er hin und her. Seine Halbherzigkeit hatte ungewollte Folgen. Sie führte zu einer mächtigen Bewegung der verschiedenen Nationen, und sie stürzte den zentralen Staat in eine Krise.

- Dabei laviert Gorbatschow keineswegs ungeschickt. Zu Grundpositionen verhält er sich nach dem tagespolitischen Bedarf. Bald verteidigt er sie, und bald gibt er sie preis. Er ist bald ein Allende und bald ein Pinochet, bald ein Luther und bald ein Papst. So aber wird der gute Taktiker zum schlechten Strategen. Die ständige Verunsicherung hat den Verwaltungsapparat richtiggehend gelähmt.

- Die Weigerung, sich für die demokratische Option zu entscheiden, auch wenn man mit ihr sympathisiert, ist eine durchaus verbreitete Erscheinung und vertieft die Krise.

- Indessen hat sich in der fraglichen Periode das Kräfteverhältnis insgesamt zugunsten der Systemersetzung geändert. Das gilt insbesondere für die Jugend, welche die sogenannten radikalen Reformer unterstützt.

- In einem Punkt hat sich das neue Denken bereits entscheidend durchgesetzt, in der aussenpolitischen Linie. Das ermöglichte unter anderem die Freigabe der osteuropäischen Länder mit dem *Fait accompli*, dass das sozialistische Lager nicht mehr besteht.

Was blieb vom System?

In der Sowjetunion stellt sich die Frage nach Bestand und Zustand des Sozialismus ernstlich. Was ist vom System noch da? Wieviel davon ist reaktivierbar? Das ist zusammengekommen eine Preisfrage, aber sektoral lässt sie sich beantworten.

Die Stützen des Systems sind die Ideologie, das Machtmonopol der Partei (mit seinen Instrumenten von Sicherheitsdienst, Armee und Polizei), das Staatseigentum und die Planwirtschaft.

Die Ideologie ist diskreditiert und motiviert niemanden mehr, was für alle Stufen der Bevölkerung gilt. Das ist deshalb von vorrangiger Wichtigkeit, weil sie die Rechtfertigungsgrundlage für alles war, was das System hervorbrachte.

Das KP-Monopol mit seinen Machtinstrumenten ist angeknackt, aber nicht zerbrochen. Diesbezüglich hat die Wende nicht entscheidend stattgefunden, und das behindert oder verhindert ein normales politisches Leben.

Das schlecht verwaltete Staatseigentum beherrscht nach wie vor die Szene und lässt die legalen Alternativen nicht aufkommen. Damit fehlt eine Grundbedingung zur wirtschaftlichen Sanierung.

Am Kommandosystem der zentralen Planwirtschaft hat sich etwas verändert, aber nicht viel. Für die Fünfjahrespläne wurde trotz ihrer offensichtlichen Untauglichkeit kein Ersatz angeboten. Das Betriebsgesetz von 1987 hat zwar die Entscheidungskompetenzen von den Ministerien weg auf die Unternehmungen verlagert, aber seine Umsetzung missriete, weil es den Bürokraten logischerweise nicht gegeben war, ihre eigene Entmachtung voranzutreiben. Die Preise werden nach wie vor willkürlich festgelegt, statt sich aus dem Spiel von Angebot und Nachfrage zu bilden. Das Gegenstück hierzu ist der wildwuchernde Schwarzmarkt, der für eine Dauerkollision mit den amtlichen Vorschriftenpreisen sorgt, was die Geldverhältnisse vollends chaotisch macht. Der Rubel ist nicht frei konvertierbar, und niemand weiss, was er wert ist.

Restauration unmöglich

Allen Beteiligten ist es einsichtig, dass der gegenwärtige Zustand des Systems unhaltbar ist. Entweder wird es wiederhergestellt, oder es wird abgeschafft. Dazwischen gibt es nichts, was sich als Lösung bezeichnen liesse. Tatsächlich haben sich die Kräfte in den letzten zehn Monaten entsprechend dieser Alternative polarisiert.

Wie steht es mit der Möglichkeit einer Restauration? Es ist gerade noch denkbar, dass sie mittels Waffengewalt durchgesetzt würde. Aber sie könnte danach nicht lange hinhalten. Das alte System ist in allen seinen Strukturen ein funktionsunfähiges Wrack, und es lässt sich nicht dadurch wieder flott machen, dass man ihm noch mehr Kanonen auflädt.

Ich bin heute nicht einmal mehr so sicher, dass der Versuch durchführbar ist. Ende 1990 bestand diesbezüglich eine reale Gefahr, aber sie ist seither stark geschwunden.

Dann hat sich der schlechte Zustand des Systems mit etwas Verspätung auch auf seine Machtinstrumente übertragen. Ich nenne als wichtiges Beispiel die Armee mit ihrem imposanten Bestand von viereinhalb Millionen Mann. Vor drei Jahren noch war sie in einem umsturzfähigen Zustand. Inzwischen

Fortsetzung auf Seite 4

LIEBE LESER

Dass die Einwohner von Leningrad in ihrer Mehrzahl entschieden haben, solle ihre Stadt wieder St. Petersburg heissen, ist nur ein Symptom, aber was für eines.

Noch ist die Umbenennung keine amtliche Tatsache. Die Abstimmung hatte konsultativen Charakter, und wer in letzter Instanz über ihre Verwirklichung befinden wird, ist ein Streitpunkt. Der vorherrschenden Meinung, es sei das russische Parlament, widerspricht die KPdSU, welche die Zuständigkeit des sowjetischen Volksdeputiertenkongresses formuliert, der bestellt worden ist, bevor es noch wirklich freie Wahlen gab.

Aber wie immer: Das atmosphärische Zeichen, das die Leningrader gesetzt haben, ist gewaltig. Es zeugt für den breiten Mentalitätswandel, von dem auch Wjatscheslaw Daschtschew in seinem heutigen Beitrag spricht. Dabei hätten die praktischen Gründe abseits von jeder ideologischen Affinität für die Beibehaltung des bisherigen Namens gesprochen. Die Umbenennung wird Milliarden kosten, in einer Zeit, da es an Mitteln für eine Menge dringlicher Dinge fehlt. Ferner ging es um die Rückkehr zu einem Namen, der nicht nur historisch ist, sondern auch deutschsprachig, und wenn irgendwo die Allergie gegen dergleichen als mächtig vermutet werden durfte, dann in dieser Stadt, die im 2. Weltkrieg von den Deutschen belagert und ausgehungert worden war. Das alles macht die Absage an das Symbol nur um so grösser.

Der Perestrojka als Revolution von oben war bis vor kurzem noch die Schwierigkeit zuerkannt worden, «unten» mitgetragen zu werden. Man könne den Massen, so ging die Überlegung, nicht über Nacht ihre Leitbilder wegnehmen und sich hauptbeispielsweise an Lenin und dem Leninismus vergreifen, denn so etwas würden die Leute ganz einfach nicht verstehen; da seien sie für Jahre und Jahrzehnte noch anders geprägt. Deshalb müsse die Führung mit dem Abbau der bisher geltenden Vorstellungen vorsichtig sein und dürfe nichts übereilen. Insbesondere habe sie Distanz zu wahren vor dem Drängen der intellektuellen Neuerer, denen die Volksnähe abgehe.

Das alles war plausibel genug, aber es wurde von den Massen selbst immer deutlicher widerlegt, wann immer die Erprobung möglich wurde. Sie, die mutmasslichen Beharrungskräfte, überholten die Parteireformer, welche anfänglich an der Spitze der Bewegung gewesen waren und nunmehr ins Hintertreffen gerieten. Die Abstimmung in Leningrad bestätigte diese Verlagerung deutlicher, als die meisten erwartet hatten.

Christian Brügger